

Antworten auf die Wahlprüfsteine für das Aktionsbündnis gegen AIDS anlässlich der Europawahl 2024



Frage 1

Werden Sie sich aktiv für eine nachhaltige Finanzierung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria durch die Europäische Kommission einsetzen - einschließlich einer Aufstockung des Budgets im Einklang mit dem aktuellen Bedarf des Globalen Fonds?

Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die Krisenvorsorge zu stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene zusammenarbeiten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, multilaterale Gesundheitsinitiativen, wie die Weltgesundheitsorganisation und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria politisch, finanziell und personell zu stärken.

Im Jahr 2022 hat die EU 715 Millionen Euro für den Globalen Fonds gegen AIDS, Malaria und Tuberkulose für den Zeitraum 2023-2025 zugesagt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU-Kommission diese Förderung entsprechend der Bedarfe ausbaut.

Die deutsche Bundesregierung hatte für denselben Zeitraum, unter Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Rekordsumme von 1,3 Mrd. Euro zur Finanzierung des Globalen Fonds gegen AIDS, Malaria und Tuberkulose im Rahmen der 7. Wiederauffüllungskonferenz zusagen können.

Frage 2

Es gibt derzeit keine Kofinanzierung der EU-Kommission zu den 715 Mio. EUR, die der GFATM UNAIDS zugesagt hat - der global führenden Organisation für die HIV-Bekämpfung und wichtigsten Anlaufstelle in Programmländern. Wie werden Sie UNAIDS unterstützen und die Ko-Investition in UNAIDS vorantreiben?

Trotz schwieriger Haushaltsbedingungen stellt die deutsche Bundesregierung auch in diesem Jahr 6,75 Millionen Euro für UNAIDS zur Verfügung und damit mehr als dreimal so viel Geld wie ursprünglich veranschlagt. Wir sehen Deutschland und die Europäische Union jedoch in der Pflicht, sich noch stärker an der Finanzierung von Globaler Gesundheit zu beteiligen und setzen uns für weitere Mittel ein.

Frage 3

Wie bewerten Sie die vorgesehene EU-Pharmareform in Bezug auf geplante Patentverkürzungen und -Verlängerungen, auf übertragbare Datenexklusivitätsgutscheine zur Entwicklung benötigter antimikrobieller Mittel und welche Auswirkungen erwarten Sie für den globalen Zugang zu bezahlbaren Medikamenten?

Wir wollen die Innovation der EU-Gesundheitsforschung stärker fördern, um die Behandelbarkeit von Krankheiten und den Zugang zu Medikamenten zu verbessern. Patentverlängerungen sehen wir kritisch, wegen den unklaren Bedingungen. In den Verhandlungen konnte auf Druck von uns Grünen die Patentdauer auf 7,5 bzw. 8,5 Jahre beschränkt werden.

Wie die meisten Expert*innen für die Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen halten auch wir Datenexklusivitätsgutscheine für falsch. Sinnvoller sind „milestone payments“; bei denen Hersteller schon während Forschung und Entwicklung staatliche Unterstützung für innovative Antibiotika erhalten. Die Gutscheine kommen indes erst ins Spiel, wenn die unsichere und kapitalintensive

Phase abgeschlossen ist. Deshalb sind sie für KMUs weitgehend uninteressant. Wenn sich die Parlamentsposition einer Erweiterung der Möglichkeiten zur verpflichtenden Lizenzierung durchsetzt, erwarten wir Verbesserungen beim globalen Zugang zu bezahlbaren Medikamenten.

Frage 4

NGOs im Bereich der globalen Gesundheit sehen sich zunehmend mit geringeren Möglichkeiten der Beteiligung konfrontiert, z.B. bei Konsultationen mit multilateralen Organisationen wie der WHO oder den Vereinten Nationen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieser Trend gestoppt und umgekehrt wird?

Partnerschaften, etwa zwischen Regierungen, multilateralen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, sind essentiell für die Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele, inklusive für das Ziel Gesundheit und Wohlbefinden. NGOs und zivilgesellschaftliche Akteure sind dabei oft „first responders“ bei akuten Krisen und verfügen über tiefgehendes Wissen über den jeweiligen Kontext. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für eine Lokalisierung der Nachhaltigkeitsziele und für eine möglichst flexible Bereitstellung von Mitteln ein. Dazu gehört auch, zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich der globalen Gesundheit zu stärken und umfassende Beteiligung an multilateralen Prozessen zu gewährleisten.

Frage 5

Weltweit leiden Schlüsselgruppen im Kampf gegen HIV/AIDS zunehmend unter Stigma und Diskriminierung, wie bspw. die Verabschiedung unethischer Gesetze gegen LGBTQI+ Communities in Uganda und Ghana zeigt. Wie soll aus ihrer Sicht das Europäische Parlament auf diese bedenkliche Entwicklung reagieren?

Die europäische Außenpolitik wird vom Europäischen Parlament nicht legislativ mitgestaltet. Dennoch bieten Instrumente wie Entschließungsanträge die Möglichkeit, auf Drittstaaten einzuwirken und die Aufmerksamkeit der globalen Öffentlichkeit auf Themen zu lenken, die dringend in den Fokus genommen werden müssen. Dazu zählt auch der Umgang mit den genannten Schlüsselgruppen im Kampf gegen HIV/AIDS. Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine feministische Außenpolitik, die nicht nur die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, sondern auch von marginalisierten Gruppen stärkt. Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Stigmatisierung und Diskriminierung zum Ziel. Aufbauend auf den Leitlinien, die wir in der Bundesregierung erfolgreich durchgesetzt haben, wollen wir die feministische Außenpolitik auch als Leitprinzip der Außenpolitik und internationalen Kooperation der EU verankern. Dafür setzen wir uns schon jetzt mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln ein und wollen dies auch in Zukunft tun. Auch innerhalb der EU werden wir weiter gegen Stigmatisierung und Diskriminierung der betroffenen Gruppen kämpfen.

Frage 6

Wie ist Ihr Standpunkt zu den laufenden Verhandlungen über ein Pandemieabkommen bei der WHO - insbesondere in Bezug auf die Klausel, dass Hersteller verpflichtet werden sollen, 20 % ihrer pandemiebezogenen Produkte für die weitere Verteilung im Falle einer künftigen Pandemie bereitzustellen?

Wir GRÜNE unterstützen das Ziel eines Pandemievertrags und einer handlungsfähigen WHO, da wir überzeugt sind, dass Pandemien sich nur durch internationale Zusammenarbeit und Austausch sinnvoll bewältigen lassen. Eine große Herausforderung der Corona-Pandemie stellte der ungleiche Zugang zwischen den Ländern zu Impfstoffen, Tests, Masken und anderen pandemiebezogenen Produkten dar. Den Zugang und die Verteilung von pandemiebezogenen Produkten vertraglich zu regeln, unterstützen wir daher.

Frage 7

In Deutschland und der EU kommt es zunehmend zu Engpässen in der medizinischen Versorgung. Mangelnde Transparenz in der Forschung, Beschaffung, Preisgestaltung und Verteilung von Medikamenten sind einer der Gründe für diese Situation. Was werden Sie tun, um die Transparenz in Europa zu stärken?

Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu immensen Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung eingesetzt werden, muss das in der Regel mit Transparenz über die Kosten für Forschung und Entwicklung sowie die Preisgestaltung einhergehen. Dafür setzen wir uns ein.

Um Unternehmen zu ermutigen, neue Arzneimittel, Wirkstoffe und Medizinprodukte in Europa zu entwickeln und zu produzieren, braucht es zudem Anreize und weniger bürokratische Verfahren. Dabei setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch krisenfeste Lieferketten zuverlässig verfügbar sein. Hierzu kann die teilweise Rückverlagerung von Produktion nach Europa einen Beitrag leisten. Zum anderen müssen für bislang vernachlässigte Krankheitsbilder und angesichts der Entstehung von Therapie-Resistenzen neue Anreize für die Entwicklung medizinischer Innovationen geschaffen werden.

Das schließt insbesondere neue Finanzierungsmodelle wie angepasste Vergütungsmodelle für Reserveantibiotika ein. Die Anreize für Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum dürfen nicht die Bezahlbarkeit von essentiellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von Generika unverhältnismäßig verzögern.